FH-TV-01-080-4

Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum:	02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 79 bis 80 einfügen:
Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungsplänen zur sexuellen Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Gleiche Rechte für gleiche Liebe – jetzt Ehe für alle öffnen!

Ohne die volle Gleichstellung von homosexuellen Paaren bleibt jedes Reden über Toleranz heiße Luft. Für uns Grüne war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir wollen diese Ungleichbehandlung lesbischer und schwuler Partnerschaften beenden und – längst überfällig – die Ehe für alle Paare öffnen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und gleiche Rechte.

Für ein modernes Familienrecht – Alle Familienformen anerkennen und schützen

Familie ist da, wo Kinder sind. Über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige Kinder leben, sind keine Ehen, sondern: nichteheliche Familien, Alleinerziehende mit Kind, atchwork-Familien oder Regenbogenfamilien. Für viele dieser heute selbstverständlichen Familienkonstellationen gibt es keinen klaren Rahmen, der ihre Rechte benennt und ihre Familienform absichert. Wir wollen das Familienrecht weiterentwickeln und für diese Familien ein Angebot schaffen, das sie in ihrer Verantwortung als Eltern rechtlich stärkt (Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung). Damit wollen wir klar regeln, welche Rechte und Pflichten, beispielsweise in der Schule, beim Arztbesuch oder im Alltag, aber auch welche Verantwortung für das Kind die leiblichen und die nicht leiblichen, aber miterziehenden Eltern haben.

Reform des Transsexuellengesetzes jetzt!

DIE GRÜNEN setzen sich für eine Vornamens- und Personenstandsänderung ein, die ohne verpflichtende Gutachten und gerichtliche Entscheidung durchgeführt werden kann. Weiterhin bestehen bleiben sollen freiwillige Beratungsangebote und Kontaktstellen. Wir stärken damit das Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Personen. Zudem setzen wir uns für einen umfassenden Diskriminierungsschutz und den Schutz der Privatsphäre ein. Auf nationaler und internationaler Ebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass diese individuellen Geschlechtsidentitäten nicht mehr als psychische Störungen klassifiziert werden. Die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen für alle medizinisch notwendigen Leistungen bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen muss gesetzlich verankert werden.

Begründung

"Ohne Grün kein Queer" - mit derart selbstbewussten Slogan streiten wir Grünen in den Parlamenten und bei u.a. zahlreichen CSDs seit jeher mit und für die LSBTIQ* Bewegung. Diese Bedeutung sollte sich auch in unserem Wahlrogramm widersprigeln.

Deswegen beantragen wir der Thematik ein eigenes Kapitel zu widmen.

Dieser Änderungsantrag fügt ein weiteres Schlüsselprojekt, Reform des Transexuellengesetzen, ein und konsolidiert die bis jetzt dafür im Programm vorhandenen Projekte, um die formalen Kriterien für ein Kapitel herzustellen.